

Inhaltsverzeichnis

Teil 1 Einführung

Kapitel 1 Baubetriebliche Grundlagen	Rdn.	Seite
1 Methoden zur Erfassung der Bauwirklichkeit		
1.1 Aufgabenstellung	1	1
1.2 Bauinhalt, Baumstände	2	2
1.3 Die Soll-Ist-Abweichung als Ausgangspunkt, Bausoll	3	3
1.4 Dokumentation		
1.4.1 Die Aufgabe der Dokumentation	6	6
1.4.2 Die unterschiedlichen Soll-Vorgaben und Ist-Feststellungen	7	7
2 Kosten, Kostenverursachung und Kostenzurechnung		
2.1 Kostendefinition und Kostenarten	8	8
2.2 Direkte Kosten und Gemeinkosten		
2.2.1 Begriffsbestimmung	10	9
2.2.2 Baustellengemeinkosten	11	10
2.2.3 Allgemeine Geschäftskosten	14	12
2.3 Wagnis und Gewinn	16	13
2.4 Die Bestimmung der Prozentsätze für die Deckungsanteile	17	14
2.5 Umlage- und Zuschlagskalkulation	18	16
2.6 Variable und fixe Kosten		
2.6.1 Variable Kosten und Grenzkosten	19	17
2.6.2 Fixe Kosten	20	18
2.6.3 Sprungfixe Kosten	21	21
2.7 Zeitabhängige und einmalige Kosten		
2.7.1 Zeitabhängige Kosten	22	24
2.7.2 Abgrenzung von Verbrauchs- und Gebrauchsgütern	23	25
2.7.3 Einmalig auftretende Kosten	24	26
2.8 Weitere Kostenkennzeichnungskriterien	25	26
2.9 Der vertraglich vereinbarte Preis	26	27
2.10 Die Begriffe Angebots-, Auftrags- und Arbeitskalkulation	27	27
3 Terminplanung und -steuerung		
3.1 Grundsätzliches	32	30
3.2 Durchführung der Terminplanung	36	33
3.3 Arten von Terminplänen	43	36
3.4 Dokumentation der Ist-Termine	47	39

Teil 2 Vertragsleistung (Bausoll) und Vertragsvergütung (Vergütungssoll) – Ansprüche des Auftragnehmers aus mangelhaft definiertem Bausoll oder Vergütungssoll

Kapitel 2 Die Festlegung des Bausolls durch den Bauvertrag

1	Das Bausoll – Definition	100	40
2	Die Bestimmung des Bausolls anhand des Vertrages		
2.1	Unwirksamkeit von Vertragsbestimmungen wegen Verstoßes gegen AGB-Recht	102	42
2.2	Die Vereinbarung der VOB/B	103	42
2.3	Einheitspreisvertrag		
2.3.1	Strukturen – Leistungsbeschreibung, Position, Vordersatz, Einheitspreis	104	43
2.3.2	Einheitspreis		
2.3.2.1	Regelfall	105	46
2.3.2.2	Lohnpreisgleitklauseln	106	47
2.3.2.3	Materialpreisgleitklauseln	115	53
2.4	Pauschalvertrag – Typ Detail-Pauschalvertrag	116	53
2.5	Pauschalvertrag – Typ Global-Pauschalvertrag	117	54
2.6	Leistung, Vergütung und Reihenfolge einzelner Vertragsbestandteile	118	54
2.7	Änderungsvorschläge, Nebenangebote („Sondervorschläge“)		
2.7.1	Begriffsbestimmung	119	55
2.7.2	Die vertragliche Einigung auf einen „Sondervorschlag“ oder ein Nebenangebot	120	56
2.7.3	Die „Duldung“ der Ausführung von „Sondervorschlägen“ oder Nebenangeboten	121	57
3	Leistungspflichten außerhalb der Leistungsbeschreibung		
3.1	BVB, ZVB, Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen	125	58
3.2	Allgemeine Technische Vertragsbedingungen – VOB/C		
3.2.1	Aufbau der VOB/C, Geltung als Vertragsbestandteil	126	59
3.2.2	Abschnitt 0 der VOB/C (DIN 18 299 bzw. Einzelnormen)	127	60
3.2.3	Abschnitte 2 und 3 der VOB/C	130	62
3.2.4	Abschnitt 4 der VOB/C		
3.2.4.1	Nebenleistungen, Besondere Leistungen	131	63
3.2.4.2	Nebenpflichten, Nebenarbeiten	132	64
3.2.4.3	Bestimmung der Nebenleistungen durch VOB/C und AGB-Recht	133	64
3.2.4.4	Einbeziehung von „Besonderen Leistungen“ in das Bausoll durch „pauschale Verweisung“, insbesondere durch Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftraggebers?	134	65
3.2.4.5	Nachträglich ausgeführte „Besondere Leistungen“, vereinbarte Maßnahmen oder vereinbarte Eignung als Bausoll (Beschaffenheitssoll); Anspruchsgrundlage: § 2 Nr. 6, Nr. 8 VOB/B; Höhe der Vergütung	136	68

	Rdn.	Seite	
3.2.4.6	Ankündigungspflicht vor Abschluss des Vertrages?	145	72
3.2.5	Abschnitt 5 der VOB/C.....	146	73
3.3	Gewerbliche Verkehrssitte	147	74
3.4	Einzelpflichten des Auftragnehmers gemäß VOB/B und BGB		
3.4.1	Allgemeine Pflichten.....	148	75
3.4.2	Gefahrtragung und Risikoverteilung.....	150	76
4	Maßgebender Zeitpunkt für die Einbeziehung von Unterlagen als Vertragsbestandteil (Bausoll).....	152	76
5	Zusammenfassung.....	155	78
Kapitel 3 Vergütungsansprüche des Auftragnehmers bei mangelhaft definiertem Bausoll			
1	Problemstellung – keine Ex-post-Beurteilung	156	79
2	Besondere Fallgruppen		
2.1	Die Leistungsbeschreibung mit falschen planerischen Angaben ...	157	80
2.2	Die vorsätzlich falsche Ausschreibung – „Frivoler“ Auftraggeber	158	81
3	Fälle mangelhaft definierten Bausolls – Bauinhalt –		
3.1	Unterschiede zwischen Text und Plan – Widersprüchlichkeit.....	159	81
3.2	Lückenhafte Leistungsbeschreibung.....	162	82
3.3	Missverständliche Leistungsbeschreibung	165	84
3.4	Irreführende Leistungsbeschreibung.....	166	85
3.5	Mischtatbestände.....	167	85
3.6	Unzutreffende Mengenangaben.....	168	86
4	Fälle mangelhaft definierten Bausolls – Baumstände –.....	169	86
5	Fälle mangelhaft definierten Bausolls – Folgen für Bauinhalt <i>und</i> Baumstände –	170	86
6	Häufigkeit von mangelhaft definierten Leistungsbeschreibungen in der Praxis.....	171	87
7	Zwischenergebnis: Gleichartigkeit aller Fälle	172	88
8	Die Auslegung des Bausolls bei mangelhaften Vertragsunterlagen		
8.1	Auslegungsnotwendigkeit nur bei unterschiedlichem Vertragsverständnis – Hinweis auf „Bearbeitungschema“.....	173	88
8.2	Die „objektive“ Vertragsauslegung – Schritt 1 – Auslegungskriterien		
8.2.1	Der Wortlaut als Auslegungskriterium; die Rolle des Sachverständigen.....	175	89

	Rdn.	Seite	
8.2.2	Auslegungsregel: „Totalität aller Vertragsbestandteile“, Rangfolge unterschiedlicher Vertragsbestandteile und Vertragskategorien gemäß § 1 Nr. 2 VOB/B.	178	91
8.2.3	Widersprüche innerhalb einer Vertragskategorie		
8.2.3.1	„Speziell vor Allgemein“	179	91
8.2.3.2	Sonderfall: Widersprüche zwischen Baubeschreibung, Leistungsverzeichnis (Text) und Zeichnungen (Plänen), – Lösung durch allgemeine Auslegungskriterien?	180	93
8.2.4	Auslegung nach dem Empfängerhorizont – „Sonderfarben“	183	94
9	Die Prüfpflicht des Bieters hinsichtlich des Bausolls – Schritt 2		
9.1	Allgemeine Überlegungen – „Bearbeitungsschema“	185	96
9.2	Berechtigte Bietererwartungen („Empfängerhorizont“) auf der Basis von Auftraggeberpflichten bei der Leistungsbeschreibung		
9.2.1	Richtigkeitsvermutung, Vollständigkeitsvermutung als Ausfluss der Leistungsbeschreibungsmethodik „Detaillierung“	186	98
9.2.2	Spezieller Maßstab für die Pflichten des Auftraggebers: § 9 VOB/A.		
9.2.2.1	Norm des Vergaberechts, Aufbau der Norm	191	101
9.2.2.2	Die vertragsrechtliche Bedeutung von § 9 Nr. 1–9 VOB/A bei Ausschreibungen öffentlicher Auftraggeber		
9.2.2.2.1	Generelle Bedeutung.	192	101
9.2.2.2.2	Einzeluntersuchung des § 9 Nr. 1, 2, 3, 4, 6, 8, 9 VOB/A	193	102
9.2.2.3	Sonderthema: § 9 Nr.7 VOB/A – Widerspruch Text/Zeichnung	201	106
9.2.2.4	Die vertragsrechtliche Bedeutung von § 9 VOB/A bei privater Ausschreibung	206	110
9.2.3	Pflicht zur inneren Schlüssigkeit des Angebotsblanketts Beispiel: Standard-Leistungsbuch, STL B-Bau Dynamische BauDaten	207	110
9.2.4	Pflicht zur für das Angebotsstadium fertigen Planung	208	112
9.3	Pflichten des Bieters als Maßstab für berechtigte Auftraggebererwartungen		
9.3.1	Allgemeiner Prüfmaßstab (Sonderfachleute des Auftraggebers)	210	113
9.3.2	Prüfpflicht des Bieters in Relation zur Unternehmensgröße?	211	114
9.3.3	Prüfpflicht und Erstellung des Angebots in kurzer Frist	214	116
9.3.4	Prüfpflicht entsprechend der Schwierigkeit des Objekts?	216	116
9.3.5	Prüfpflicht entsprechend dem Horizont eines Kalkulators, kein Nachkonstruieren durch den Bieter?	217	117
9.3.6	Prüfpflicht zu eigenen Berechnungen oder Untersuchungen des Bieters?	219	118
9.3.7	Prüfpflicht wegen besonderer Fachkunde?	220	119
9.3.8	Prüfpflicht nach Produktart?	221	119
9.3.9	Prüfpflicht hinsichtlich der Ausführungsfristen?	222	120

	Rdn.	Seite
9.3.10 Prüfpflicht hinsichtlich der Angebotsmengen?	226	121
9.3.11 Prüfpflicht gemäß Angebotsphase, nicht Auftragsphase.	228	122
9.4 Zusammenfassung, Praxisempfehlung	229	123
9.5 AGB-rechtliche Unwirksamkeit von Bausollklauseln, Günstigkeitsklauseln.	230	123
9.6 Zu wessen Lasten geht eine durch Auslegung nicht behebbare Unklarheit der Leistungsbeschreibung?	232	125
10 Die gescheiterte Auslegung – der versteckte Dissens		
10.1 Anwendung der Auslegungsregeln auf die Fallbeispiele - Dissensfälle nicht praxisrelevant	233	125
10.2 Das Ausfüllen der Regelungslücke beim versteckten Dissens	238	128
10.3 Dissens bei Baumständen?	239	129
10.4 Mitverursachung, Mitschuld	240	129
11 Exkurs: Auswahl des Sachverständigen.	241	129
12 Die Vergütung bei unklarem Bausoll		
12.1 Bausoll als Basis.	242	130
12.2 1. Alternative: Die Auslegung bestätigt die Auffassung des Auftraggebers: Ausnahmsweise Schadensersatzansprüche des Auftragnehmers		
12.2.1 „Unklare Ausschreibung“ (Leistungsbeschreibung)	244	132
12.2.2 Klare Ausschreibung, aber wesentliche Kenntnisse auftraggeberseitig verschwiegen.	245	133
12.3 2. Alternative: Die Auslegung bestätigt die Auffassung des Auftragnehmers – Regelfolge: Vertragsvergütung		
12.3.1 Regelfolge: Vertragsvergütung (Bauinhalt)	246	134
12.3.2 Regelfolge: Vertragsvergütung (Baumstände)	249	136
12.3.3 Exkurs: Die Verletzung von Herstellungs-Hauptpflichten oder Ermöglichungs-Nebenpflichten durch den Auftraggeber.	250	137
12.4 Die Folgen des unterlassenen Prüfhinweises für die Ansprüche des Auftragnehmers – Schritt 3		
12.4.1 Der vorsätzlich unterlassene Hinweis – „Frivolitäten“	251	137
12.4.2 Der fahrlässig unterlassene Hinweis	255	139
12.4.3 Mitverschulden – Quotierung?	264	143
12.5 Praktische Verhaltensempfehlungen für den Bieter bei mangelhaft definiertem Bausoll		
12.5.1 Hinweise zum Schaden des Bieters?	265	143
12.5.2 Der Hinweis gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber	266	144
12.5.3 Der Hinweis gegenüber einem privaten Auftraggeber	271	146
12.6 Weigerung des Auftraggebers, klärende Anordnungen zu treffen (Ausführungsphase)	274	147
13 Die Ansprüche des Auftragnehmers der Höhe nach		
13.1 Regelfall: Höhe der Vergütung gemäß § 2 Nr. 5, Nr. 6, Nr. 8 VOB/B.	275	149
13.2 Ausnahmefall: Höhe des Schadensersatzanspruches aus Verschulden bei Vertragsschluss.	276	149

	Rdn.	Seite
14 Beweisführung und Beweislast	277	150
15 Fälligkeit, Abschlagszahlungen und Verjährung der Ansprüche aus mangelhaft definierter Leistungsbeschreibung	278	151
16 Der Ausschluss der Ansprüche des Auftragnehmers aus mangelhaft definierter Leistungsbeschreibung durch Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftraggebers	279	152
 Kapitel 4 Vergütungsansprüche des Auftragnehmers bei mangelhaft definiertem Vergütungssoll		
1 Regelfall: Vergütungssoll beim Einheitspreisvertrag variabel, aber nicht unklar	280	154
2 Fälle mangelhaft definierten Vergütungssolls	281	154
3 Die Auslegung mangelhaft definierten Vergütungssolls	283	155
4 Das Schließen der Lücke hinsichtlich der Vergütungshöhe.....	285	156
5 Angeordnete Besondere Leistung.....	287	157
6 Prüfpflichten?.....	288	157
 Kapitel 5 Anforderungen an die Organisation der Angebotsbearbeitung		
1 Allgemeine Anforderungen	289	159
2 Spezielle Anforderungen		
2.1 Auflistung aller vom Auftraggeber als Bausoll vorgegebenen Unterlagen	293	163
2.2 Auflistung der Vorschläge für das Anschreiben.....	294	163
2.3 Check der einzelnen Leistungen	295	163
2.4 Systematische Verfolgung und Auswertung der Nachunternehmeranfragen	296	163
2.5 Dokumentation der Arbeitsvorbereitung der Angebotsphase	297	163
2.6 Systematisch aufgebaute Kalkulation	302	165
2.7 Erfassung von Abänderungen und technischen Klärungen nach Angebotsabgabe	310	168
3 Schlussempfehlung	311	168
4 Beispiele zur Überprüfung der Anfrageunterlagen (gemäß Projektanhang A)		
4.1 Einführung.....	312	169
4.2 Lücken in den Anfrageunterlagen	315	170

	Rdn.	Seite
4.3 Unterschiede zwischen Leistungsverzeichnistext und sonstigen Unterlagen		
4.3.1 Ausschreibungunterlagen und sonstige benannte Unterlagen	319	172
4.3.2 Nicht benannte Unterlagen	325	173
4.4 Unklarheiten	326	174
4.5 Im Angebotsstadium nicht zu erkennende künftige Leistungen ...	327	174
4.6 Nicht zutreffende Mengenangaben	329	175
4.7 Unklarheiten bezüglich des Vergütungsolls	330	175

Teil 3 Die Phase zwischen Vertragsschluss und Baubeginn

Kapitel 6 Die Phase zwischen Vertragsschluss und Baubeginn

1 Der Vertragsschluss als Zäsur für das Bausoll	400	176
2 Die differenzierte Arbeitsvorbereitung nach Vertragsschluss.....	401	176
3 Durchführung der Arbeitskalkulation	403	177
4 Durchführung des Bauinhalts-Soll-Ist-Vergleichs	406	178
5 Beispiele		
5.1 Differenzierte Arbeitsvorbereitung.....	407	179
5.2 Arbeitskalkulation.....	413	181
5.3 Ansprüche gegenüber dem Auftraggeber ohne zusätzliche Vorgaben (modifizierte Pläne) des Auftraggebers?		
5.3.1 Keine Ansprüche gegenüber dem Auftraggeber	419	182
5.3.2 Ansprüche gegenüber dem Auftraggeber	420	182
5.4 Zusätzliche (nach Vertragsschluss) eingegangene Planunterlagen		
5.4.1 Konkretisierung der Ausschreibungsunterlagen		
5.4.1.1 Keine Ansprüche gegenüber dem Auftraggeber	421	183
5.4.1.2 Ansprüche gegenüber dem Auftraggeber	422	183
5.4.2 Pläne bzw. Anordnungen (nach Vertragsschluss) mit ausdrücklichen Bauinhaltsmodifizierungen.....	423	183

Teil 4 Vergütungsfolgen beim Einheitspreisvertrag bei Mengenabweichungen in der Ausführungsphase

Kapitel 7 § 2 Nr. 3 VOB/B

1 Die Bedeutung der Mengenangabe für die Kalkulation des Auftragnehmers.....	500	185
2 Anwendung des § 2 Nr. 3 VOB/B		
2.1 Nur auf Einheitspreisvertrag	502	187
2.2 Mengenabweichungen bis zu 10 % irrelevant	503	188

3	Angeordnete Mengenmehrungen oder -minderungen		
3.1	Grundsätzlich: Abweichung um mehr als 10 % wegen vorgefundener Verhältnisse	505	188
3.2	Angeordnete Mengenminderung	510	191
3.3	Angeordnete Mengenmehrung	514	192
3.4	Aber: Berechnung der Fälle angeordneter Mengenmehrung (§ 2 Nr. 6 VOB/B) gemäß Berechnungsschema des § 2 Nr. 3 VOB/B.	517	193
4	Anwendung des § 2 Nr. 3 VOB/B nur auf Einzelpositionen	519	194
5	Die über 10 % hinausgehende Mengenminderung		
5.1	Der Kalkulationsaufbau des Auftragnehmers	520	195
5.2	Niemals Herabsetzung des Einheitspreises als Folge einer Mengenminderung	525	200
5.3	Die Auswirkung der Mengenminderung auf die „Direkten Kosten“	526	200
5.4	Die Auswirkung der Mengenminderung auf die Baustellengemeinkosten – Berechnungsgrundlage 100 % oder 90 %?	532	203
5.5	Die Auswirkung der Mengenminderung auf die Allgemeinen Geschäftskosten	536	206
5.6	Die Auswirkung der Mengenminderung auf das Wagnis	537	207
5.7	Die Auswirkung der Mengenminderung auf den Gewinn	538	207
5.8	Die fast vollständige Mengenminderung sowie der Wegfall ganzer Positionen		
5.8.1	Störung der Geschäftsgrundlage?	539	210
5.8.2	Behandlung der „Null“-Menge	540	210
5.8.3	Sonderphänomene – Auswirkungen auf Gemeinkosten. ...	543	212
5.8.4	Verschulden bei Vertragsschluss, §311 Abs.2 Nr.1 BGB, bei Mengenminderungen?	544	212
5.9	Die Ausgleichsberechnung bei Mindermengen – Grundsatz –		
5.9.1	Der „normale“ Ausgleich	545	213
5.9.2	Der Ausgleich „in anderer Weise“ – die Berücksichtigung von „Nachträgen“	547	214
5.9.3	Andere Ausgleichsfälle	552	216
5.9.4	Einzelfragen und Praxis der Berechnung	554	217
6	Die über 10 % hinausgehende Mengenmehrung		
6.1	Kalkulationsaufbau	555	217
6.2	Sowohl Herabsetzung als auch Heraufsetzung bei Mengenmehrung	556	217
6.3	Die Auswirkung der Mengenmehrung auf die Direkten Kosten ...	557	218
6.4	Die Auswirkung der Mengenmehrung auf die Baustellengemeinkosten – Berechnungsgrundlage 100 % oder 110 %?	558	218
6.5	Die Auswirkung der Mehrmenge auf die Allgemeinen Geschäftskosten	559	219
6.6	Die Auswirkung der Mehrmenge auf das Wagnis	561	221
6.7	Die Auswirkung der Mehrmenge auf den Gewinn – Gesamtberechnung.	562	221
6.8	Die außerordentliche Mengenmehrung		
6.8.1	§ 2 Nr. 3 VOB/B als abschließende Regelung	563	221
6.8.2	Nachträge	564	222

	Rdn.	Seite
6.8.3 Verschulden bei Vertragsschluss oder § 6 Nr. 6 VOB/B bei Mengenmehrung – Bauablaufstörungen und Bauzeitverlängerung	565	222
7 Sonderthemen: Alternativpositionen, Eventualpositionen		
7.1 Alternativpositionen (Wahlpositionen)		
7.1.1 Begriff	569	224
7.1.2 Beauftragung, Unwirksamkeit wegen Vergabeverstoß oder Verstoß gegen AGB-Recht	571	225
7.1.3 Die richtige Angebotskalkulation	573	226
7.1.4 Häufung von Alternativpositionen in der Ausschreibung	576	227
7.1.5 Anwendbarkeit von § 2 Nr. 3, 5, 6, 8 VOB/B, § 6 Nr. 6 VOB/B	577	228
7.1.6 Einbeziehung von Alternativpositionen in eine Ausgleichsberechnung gemäß § 2 Nr. 3 Abs. 3 Satz 1 VOB/B	579	229
7.2 Eventualpositionen (Bedarfspositionen)		
7.2.1 Begriff	580	229
7.2.2 Beauftragung, VOB/A, AGB-Recht	581	230
7.2.3 Eventualpositionen für künftige Behinderungsfälle (Einheitspreisliste)?	587	233
7.2.4 Die Auswirkung fehlender Vordersätze auf die Ermittlung der Einzelkosten	588	234
7.2.5 Die richtige Angebotskalkulation	589	234
7.2.6 Häufung von Eventualpositionen in der Ausschreibung	590	235
7.2.7 Wertung von Eventualpositionen in der Angebotsprüfung	591	235
7.2.8 Korrektur „überhöhter Eventualpositionspreise“?	592	237
7.2.9 Anwendbarkeit von § 2 Nr. 3, 5, 6, 8 VOB/B, § 6 Nr. 6 VOB/B	593	237
7.2.10 Einbeziehung von Eventualpositionen in eine Ausgleichsberechnung gemäß § 2 Nr. 3 Abs. 3 Satz 1 VOB/B	599	239
8 Basis und Methodik der Neuberechnung bei Mengenänderungen gemäß § 2 Nr. 3 VOB/B		
8.1 Basis: Angebotskalkulation (Bindung an den alten Preis) – Berechnungsmethodik –	600	240
8.2 Ausnahmen von der Bindung an den alten Preis		
8.2.1 Notwendigkeit von Ausnahmen	601	241
8.2.2 Ausnahme 1: Irrtum des Auftragnehmers	602	241
8.2.3 Ausnahme 2: Änderung der Lohn- und Materialpreise ...	603	243
8.2.4 Ausnahme 3: Unsorgfältige Planung	604	244
8.2.5 Ausnahme 4: Ausmaß der Mehrmengen sprengt jeden äquivalenten Rahmen	605	244
8.2.6 Die Berücksichtigung von Nachlässen und Skonti	606	245
8.2.7 Der alte Preis als Grundlage bei „untergeordneten Positionen“ oder bei „Sonderpreisen“	607	245
8.2.8 Korrektur von Nachtragsvergütungen wegen Fortführung „überhöhter Positionen“ der Angebotskalkulation (Spekulationspreise)?	608	246
8.2.9 Wie wird ein kalkulierter (Soll-)Verlust berücksichtigt? ...	609	246

	Rdn.	Seite
8.3 Die konkrete Ermittlung der Elemente des Vertragspreises als Vorbereitung der Berechnung des neuen Preises		
8.3.1 Die Ermittlung der Baustellengemeinkosten der Angebotskalkulation		
8.3.1.1 Notwendigkeit der Ermittlung der Baustellengemeinkosten.....	611	247
8.3.1.2 Baustellengemeinkosten nicht als Einzelposition ausgewiesen.....	612	248
8.3.1.3 Baustellengemeinkosten als eigene Position ausgewiesen.....	613	248
8.3.1.4 Unterschiedliche Umlagezuschlagssätze für Deckungsanteile in der Kalkulation.....	614	249
8.3.2 Aufgegliederte Angebotskalkulation ist hinterlegt oder wird nachträglich vorgelegt.....	615	249
8.3.3 Angebotskalkulation liegt nicht vor		
8.3.3.1 Angebotskalkulation liegt nicht vor, jedoch Aufgliederung der Angebotssumme nach Umlagebeiträgen oder Prozentsätzen.....	616	250
8.3.3.2 Angebotskalkulation liegt nicht vor, die Angebotssumme ist unaufgegliedert.....	618	251
8.3.4 Begründungspflicht (Darlegungslast) für neue Einheitspreise		
a) Angebotskalkulation vorhanden,		
b) nicht vorhanden,		
c) vorhanden, aber Vorlage verweigert.....	619	251
8.4 Die Berechnung des neuen Preises: Beispiele		
8.4.1 Methodische Empfehlung.....	624	252
8.4.2 Beispiel einer Berechnung bei hinterlegter Angebotskalkulation		
8.4.2.1 Prinzipieller Weg.....	626	254
8.4.2.2 Vereinfachte Methode.....	627	255
8.4.2.3 Ausführliche Methode.....	629	256
8.4.3 Beispiel einer Berechnung bei Aufgliederung der Einheitspreise		
8.4.3.1 Bei alleinigem Anfall von Mengenänderungen (ohne entfallene Positionen).....	633	259
8.4.3.2 Entfallene Positionen.....	636	262
8.4.3.3 Ergebnis.....	637	263
8.4.4 Insgesamt zu berücksichtigende Positionen.....	638	263
8.4.5 Praktische Empfehlungen.....	639	264
8.5 Einzelfragen zu in die Ausgleichsberechnung einzubeziehende Posten		
8.5.1 Generelles.....	640	266
8.5.2 Positionen des Vertrags-Leistungsverzeichnisses		
8.5.2.1 Entfallene Positionen.....	641	266
8.5.2.2 Alternativpositionen.....	642	267
8.5.2.3 Eventualpositionen.....	643	267
8.5.3 Nachtragspositionen		
8.5.3.1 Grundsätzliches.....	644	267
8.5.3.2 Anordnungen zu Bauinhaltsmodifikationen....	645	267

	Rdn.	Seite
8.5.3.3 Anordnungen, die auch zu Baumstandsmodifikationen führen	646	267
8.5.4 Behinderungen.....	653	268
9 Prüfpflichten des Auftragnehmers bei Mengenänderungen		
9.1 Prüfpflichten im Angebotsstadium	656	269
9.2 Hinweispflicht vor Ausführung?.....	657	270
10 Der „Antrag“ als Voraussetzung für den neuen Preis	658	270
11 Die Behandlung abhängiger Pauschalen	659	270
12 Beweislast	660	271
13 Fälligkeit, Abschlagszahlungen, Verjährung, Wirkung der Schlussrechnung.....	661	272
14 Der Ausschluss des Anspruchs des Auftragnehmers aus § 2 Nr. 3 VOB/B durch Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftraggebers		
14.1 Der Ausschluss jeglicher Vergütung bei Mengenänderung.....	662	272
14.2 Der Ausschluss der Preisanpassungsmöglichkeit durch AGB	663	273

Teil 5 Vergütungsänderungen infolge geänderter oder zusätzlicher Leistungen

Kapitel 8 Allgemeine Anspruchsvoraussetzungen

1 Bausoll-Bauist-Abweichung als <i>allgemeine</i> Voraussetzung für Vergütungsänderungen sowohl bei angeordneten wie bei nicht angeordneten geänderten oder zusätzlichen Leistungen	700	276
2 Das Bausoll bei Technischen Sondervorschlägen, Nebenangeboten und Entwicklungsrisiken.....	701	278
3 Weitere Voraussetzungen: Bausoll-Bauist-Abweichung aus dem Risikobereich des Auftraggebers.....	704	279
4 Systematik und Abgrenzung der unterschiedlichen Anspruchsgrundlagen für Vergütungsansprüche aus geänderter oder zusätzlicher Leistung	706	280

Kapitel 9 Bausoll, Beschaffenheitssoll, Bauverfahrenssoll, „Baugrundrisiko“, „Systemrisiko“ – Vergütungsmodifikationen bei Baugrundproblemen

1 „Erschwernisse“ bei Baugrundrisiken	707	282
2 „Baugrund“		
2.1 Definition „Baugrund“.....	708	283

	Rdn.	Seite
2.2 Der vom Besteller gelieferte Stoff; Beistellung des Baugrunds durch den Auftraggeber	709	284
2.3 Analogie zu § 645 BGB, Schlussfolgerungen für die Mangelhaftigkeit des Baugrunds.	711	284
2.4 Die mangelfreie/mangelhafte Beschaffenheit des Baugrunds	714	288
2.5 Die Zuteilung des Baugrundrisikos.	715	288
3 Die zentrale Bedeutung der Auslegung des konkreten Vertrages.	719	290
4 Das Beschaffenheitssoll als Teil des Bausolls	721	292
5 Die Definition des Beschaffenheitssolls durch den Vertrag im Einzelnen		
5.1 Definitionsmöglichkeiten		
5.1.1 Grundsatz	723	293
5.1.2 Die Bedeutung von Prüfpflichten des Auftraggebers hinsichtlich des Baugrunds für das Beschaffenheitssoll	725	293
5.2 Die vertragliche Definition des Beschaffenheitssolls durch Detailangaben		
5.2.1 Grundsatz	726	294
5.2.2 Vertrauen auf Richtigkeit	727	294
5.2.3 Vertrauen auf Vollständigkeit.	728	294
5.2.4 Die Bedeutung der VOB/C	729	295
5.2.5 Die allgemeine Prüfpflicht des Bieters hinsichtlich der Beschaffenheitsangaben bei Baugrundangaben; Bedeutung von Baugrundgutachten	732	297
5.2.6 Keine eigene Untersuchungspflicht des Bieters (Prüfpflicht) in Bezug auf den Baugrund.	736	299
5.2.7 Die Prüf- und Hinweispflicht gem. § 4 Nr. 3 VOB/B bzw. analog § 645 BGB	737	299
5.2.8 Sachgerechte Arbeit des Auftragnehmers.	738	300
5.2.9 Abschließende Aussage zum „Baugrundrisiko“ bei detaillierter Beschaffenheitsangabe seitens des Auftraggebers – im Regelfall nicht erkennbare Beschaffenheit	739	300
5.3 Die „vertragliche Definition des Beschaffenheitssolls durch Globalangaben oder bei fehlenden Angaben		
5.3.1 Grundsatz	742	301
5.3.2 Prüfpflicht oder Untersuchungspflicht des Auftragnehmers – Planungspflicht vertraglich nicht vereinbart		
5.3.2.1 Keine besonderen Planungspflichten	743	302
5.3.2.2 Bedeutung der 0-Abschnitte der DIN-Normen der VOB/C bleibt erhalten.	745	303
5.3.2.3 Im Regelfall nicht erkennbare Beschaffenheit: Beispiele	746	304
5.3.3 Prüfpflicht oder Untersuchungspflicht des Auftragnehmers – Planungspflicht vertraglich vereinbart		
5.3.3.1 Private Auftraggeber	747	305
5.3.3.2 Öffentliche Auftraggeber	752	306
5.3.4 Anwendung der Grundsätze der Entscheidung „Wasserhaltung II“ auch auf private Auftraggeber?	754	307
5.3.5 Schadensersatzansprüche?	757	308

	Rdn.	Seite
6 Die Abwälzung des Baugrundrisikos im Vertrag auf den Auftragnehmer		
6.1 Individuelle Vereinbarungen	758	309
6.2 Überwälzung des Baugrundrisikos in AGB des Auftraggebers	759	309
6.3 Unwirksamkeit von AGB-Klauseln aus kartellrechtlichen Gründen.....	760	310
7 Das Bauverfahrensoll		
7.1 Auftragnehmer hat Wahlrecht bezüglich des Bauverfahrens	761	310
7.2 Anordnung des Bauverfahrens durch den Auftraggeber, „Systemrisiko“	763	311
8 Anspruchsgrundlage bei erschwelter Leistung (Baugrundfälle)		
8.1 Vergütungsanpassung gemäß § 2 Nr. 3, 5, 6, 8 VOB/B	766	313
8.2 Ansprüche des Auftragnehmers bei zutreffendem Beschaffenheits-soll?.....	775	316
 Kapitel 10 Vom Auftraggeber angeordnete geänderte zusätzliche Leistungen, § 2 Nr. 5 und § 2 Nr. 6 VOB/B – gemeinsame Voraussetzungen und Abgrenzung		
1 Einseitiges Anordnungsrecht, einseitiger Vergütungsanspruch		
1.1 Grundsatz: Einseitiges Anordnungsrecht des Auftraggebers, einseitiger Vergütungsanspruch des Auftragnehmers.....	776	317
1.2 Anordnungsrecht des Auftraggebers = Kein Verstoß gegen AGB-Recht.	779	319
1.3 Notwendigkeit der Abgrenzung zwischen §§ 1 Nr. 3, 2 Nr. 5 und §§ 1 Nr. 4, 2 Nr. 6 VOB/B?.....	780	320
1.4 Keine Abgrenzungnotwendigkeit zwischen „geänderter Leistung“ gemäß § 1 Nr. 3 und „im Vertrag nicht vorgesehener Leistung“ gemäß § 1 Nr. 4 VOB/B, Abgrenzung nur zwischen § 2 Nr. 5 und § 2 Nr. 6 VOB/B	781	323
2 Das Anordnungsrecht des Auftraggebers im Einzelnen		
2.1 Mögliche Anordnungen	782	324
2.2 Das Anordnungsrecht nach § 1 Nr. 3 VOB/B		
2.2.1 Gegenstand des Anordnungsrechts des § 1 Nr. 3 VOB/B ..	783	325
2.2.2 Die Grenzen des <i>bauinhaltlichen</i> Änderungsrechts gemäß § 1 Nr. 3 VOB/B	789	330
2.3 Das Verlangen zusätzlicher Leistungen gemäß § 1 Nr. 4 VOB/B		
2.3.1 Die drei unterschiedlichen Kategorien des § 1 Nr. 4 VOB/B.....	793	332
2.3.2 Die „zusätzliche“ Leistung und die „andere“ Leistung ...	794	333
2.3.3 Neue, selbstständige Leistung („Anschlussaufträge“)	796	334
3 § 2 Nr. 5 und Nr. 6 VOB/B		
3.1 Die „sonstigen Anordnungen“ des Auftraggebers gemäß § 2 Nr. 5 VOB/B, Änderungen der Bauumstände	798	336

	Rdn.	Seite
3.2 Die (vom Auftraggeber angeordnete) Änderung des Bauinhalts: § 2 Nr. 5 VOB/B oder § 2 Nr. 6 VOB/B – Abgrenzung zwischen inhaltlich geänderten und inhaltlich zusätzlichen Leistungen		
3.2.1 „Regeln“ – Definition der geänderten und der zusätzli- chen Leistung.	803	342
3.2.2 „Regel a“ – Die Bauinhaltsdefinition ändert sich <i>qualitativ</i> nicht – kein § 2 Nr. 5 VOB/B		
3.2.2.1 Angeordnete Mengenerhöhung	805	343
3.2.2.2 Mehrleistung „derselben Art“?	808	345
3.2.2.3 Einzelfälle	809	345
3.2.2.4 Wiederholung der „alten“ Leistung.	821	350
3.2.2.5 Angeordneter Wegfall der „alten“ Leistung.	822	351
3.2.2.6 Zulässige Konkretisierung der Planung ist keine Änderung; Auswahlschuldverhältnisse, Misch- positionen.	823	351
3.2.3 „Regel b“ – Die Leistung ist völlig neuartig – dann kein § 2 Nr. 5, sondern § 2 Nr. 6 VOB/B		
3.2.3.1 Bisher im Vertrag auch nicht in anderer Menge vorgesehene Leistung	824	351
3.2.3.2 Neue Leistung anstelle einer im Vertrag vorhan- denen, völlig andersartigen Leistung.	826	352
3.2.4 „Regel c“ – „Neue Leistung“ noch im Zusammenhang mit beauftragter Leistung, aber kein sinnvoller Ansatzpunkt für neue Preisermittlung – dann nicht § 2 Nr. 5 VOB/B, sondern § 2 Nr. 6 VOB/B		
3.2.4.1 Die Leistung „anstatt“	827	354
3.2.4.2 Stellungnahmen der Literatur zur Abgrenzung zwischen „Änderung“ und „zusätzlicher Lei- stung“	830	355
3.2.4.3 Richtiges Abgrenzungskriterium: Unmittelbare analytische Ableitbarkeit des „neuen“ Preises aus Bezugspositionen des Vertrags-LV (Nach- tragskalkulation im Wege analoger Kostenfort- schreibung der Direkten Kosten – Anhaltspunkt Produktionsverfahren)	831	356
3.2.4.4 Wann ist der „neue Preis“ im Einzelfall analy- tisch noch ableitbar (= geänderte Leistung), wann ist er nicht mehr ableitbar (= zusätzliche Leistung)?	841	358
4 Anordnung oder Forderung der neuen Leistung durch den Auftrag- geber als Tatbestandsmerkmal des § 2 Nr. 5 und des § 2 Nr. 6 VOB/B		
4.1 „Anordnen“ (§ 2 Nr. 5 VOB/B) = „Fordern“ (§ 2 Nr. 6 VOB/B)?	844	361
4.2 Die „Befolgung heischende Aufforderung“ als Ausübung eines Gesaltungsrechts; die Anordnung unter Leugnung der Bausoll- Bauist-Abweichung.	846	363
4.3 Der bloße Hinweis an den Auftragnehmer auf das Bausoll; „über- flüssige“ Anordnungen des Auftraggebers.	848	363
4.4 Anordnung geänderter oder zusätzlicher Leistungen durch Wahl bei Wahlpositionen (= Alternativpositionen) oder Auswahlpositio- nen (Auftraggeber) – („Sonderfarben“); Auswahlrecht des Auf- tragnehmers	849	364

	Rdn.	Seite	
4.5	Anordnung abweichend von der Durchschnittsverteilung bei Mischpositionen?	860	368
4.6	Die ausdrückliche, konkludente oder stillschweigende Anordnung des Auftraggebers		
4.6.1	Das ausdrückliche Leistungsverlangen	861	369
4.6.2	Das konkludente Leistungsverlangen – Anordnungen durch die Ausführungsplanung		
4.6.2.1	Allgemeine Überlegungen	862	370
4.6.2.2	Konkretisierungen der Entwurfsplanung durch die Ausführungsplanung keine Bausoll-Bauist-Abweichung	863	370
4.6.2.3	Verzögerung der Konkretisierung	870	373
4.6.2.4	Freigaben des Auftraggebers	871	373
4.6.3	Das stillschweigende Leistungsverlangen		
4.6.3.1	Definitionen	872	373
4.6.3.2	Stillschweigende Anordnung aufgrund der „vorgefundenen Verhältnisse“?	875	375
4.6.3.3	Anordnungen durch Dritte?	880	377
4.6.3.4	Anordnungen auf zusätzliche Leistungen schon aus dem Inhalt des Vertrages wegen Notwendigkeit der Leistung? (BGH Schäfer/Finnern Z 2.310 Bl. 40; BGH „Konsoltraggerüste“, NZBau 2003, 324)	882	378
4.6.3.5	Ankündigungspflicht wegen konkludenter oder stillschweigender Anordnungen?	886	380
4.6.4	Formvorschrift für die Anordnung des Auftraggebers? ...	887	381
4.6.5	Unterlassene Anordnung des Auftraggebers als Leistungsverlangen?	888	381
4.7	Anordnung wirksam – Anfechtbarkeit, Vertretungsmacht?		
4.7.1	Anfechtbare Anordnungen		
4.7.1.1	Vertretungsmacht	892	383
4.7.1.2	Gesetzliche Vertretungsmacht		
4.7.1.2.1	Private Auftraggeber	893	384
4.7.1.2.2	Öffentliche Auftraggeber	894	384
4.7.1.3	Die rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht		
4.7.1.3.1	Die Vollmacht des Auftraggebers an eigene Mitarbeiter	900	385
4.7.1.3.2	Die Vollmacht des Architekten (Anscheinsvollmacht, Duldungsvollmacht)	902	386
4.7.1.3.3	Die Vollmacht des Baucontrollers und des Projektsteuerers	905	387
4.7.1.3.4	Ansprüche des Auftragnehmers bei Anordnung trotz fehlender Vollmacht?	907	387
5	Das Ankündigungserfordernis für den Vergütungsanspruch aus § 2 Nr. 6 VOB/B		
5.1	Die Mindermeinung: Kein Anspruchsverlust bei fehlender Ankündigung	909	388

	Rdn.	Seite
5.2 Die herrschende Meinung: Anspruchsverlust bei fehlender Ankündigung		
5.2.1 Bedeutung des Wortes „jedoch“	910	389
5.2.2 Ankündigungserfordernis als Anspruchsvoraussetzung – Abweichung von der gesetzlichen Regel	912	389
5.3 Ankündigungserfordernis als Anspruchsvoraussetzung sach- und systemwidrig	914	391
5.4 Schlussfolgerung: Unwirksamkeit nach § 307 BGB.	915	391
5.5 Die abweichende BGH-Rechtsprechung: Wirksamkeit des Ankündigungserfordernisses mit gravierenden Einschränkungen	916	391
5.6 Vier Einzelausnahmen, wenn Gültigkeit des Ankündigungserfordernisses bejaht	921	393
5.7 Ankündigungserfordernis trotz Anerkenntnis dem Grunde nach?	927	395
5.8 Vertragsklauseln zur Einführung eines Ankündigungserfordernisses auch für § 2 Nr. 5 VOB/B in AGB?	928	396
5.9 Ankündigung der Vergütungspflicht, nicht Ankündigung der Vergütungshöhe.	931	397
5.10 Adressat der Ankündigung	932	397
5.11 Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die Praxis	933	397
5.12 Schlussergebnis: Differenzierung zwischen § 2 Nr. 5 und § 2 Nr. 6 nicht entbehrlich	936	398
5.13 Vorschlag für eine Änderung der VOB/B oder des BGB	937	399
6 Die Vereinbarung der neuen Vergütung vor Ausführung der Arbeiten – Schriftformklauseln als Vergütungsvoraussetzung? – Angreifbarkeit einer Nachtragsvereinbarung		
6.1 Neue Vergütungsvereinbarung vor Ausführung als Anspruchsvoraussetzung?	939	399
6.2 Regelungsumfang der neuen Vergütungsvereinbarung – Ausschluss von vergessenen inhaltlichen oder zeitabhängigen „Folgekosten“?	941	401
6.3 Angreifbarkeit einer Nachtragsvereinbarung.	945	402
7 Schriftformerfordernisse		
7.1 Gesetzliche Schriftform	947	404
7.2 Vereinbarte (gewillkürte) Schriftform für Anordnungen des Auftraggebers, Kostenankündigungen („Angebot“) des Auftragnehmers, „Nachtragsaufträge“ des Auftraggebers (Schriftformklauseln in AGB)		
7.2.1 Die vier „formalen Stufen“ des Anspruches auf Mehrvergütung gemäß VOB/B	948	404
7.2.2 Stufe 1: Schriftform nur für Anordnungen des AG.	950	406
7.2.3 Stufe 2: Schriftform für Mehrkostenankündigung des Auftragnehmers; Verschärfung: Vorlage eines schriftlichen „Angebots“ durch den AN	952	407
7.2.4 Stufe 3: Einseitiger Vergütungsanspruch des Auftragnehmers nach Ausführungsanordnung des Auftraggebers	957	410
7.2.5 Stufe 4: Schriftform für „Nachtragsvereinbarungen“ insgesamt, insbesondere für „Nachtragsauftrag“	958	410
7.2.6 Sonderfall: Schriftformklausel für Nachtragsvereinbarungen ohne vorangegangene Anordnung des Auftraggebers	967	415

	Rdn.	Seite
7.3 Vergütung trotz fehlender Schriftform bei mündlicher Anordnung oder „Beauftragung“ durch den Auftraggeber oder seinen gesetzlichen Vertreter	968	416
7.4 Vergütung trotz fehlender Schriftform bei mündlicher „Beauftragung“ durch Bevollmächtigte des Auftraggebers?	971	417
8 Kündigungsrecht und/oder Leistungsverweigerungsrecht bei fehlender oder verweigerter Vergütungsvereinbarung; Anspruch auf Sicherheitsleistung gemäß § 648a BGB		
8.1 Fehlende, aber notwendige Anordnungen des Auftraggebers	972	418
8.2 Kündigungsrechte, Leistungsverweigerungsrechte bei fehlender Einigung über den Preis bei geänderten oder zusätzlichen Leistungen vor Ausführung – Rechtslage bei § 2 Nr.5 und § 2 Nr.6 VOB/B	973	419
8.3 Konsequenz: Keine Pflicht des Auftragnehmers, ohne Vergütungseinigung modifizierte Leistungen auszuführen; wechselseitiges Kündigungsrecht je nach Pflichtverletzung	975	420
8.4 Voraussetzungen des „Leistungsverweigerungsrechts“	986	423
8.5 Voraussetzungen eines Kündigungsrechts der Parteien bei verweigerter Einigung über die Vergütung modifizierter Leistungen	988	424
8.6 Fehlende auftraggeberseitige Schriftform	991	424
8.7 Anspruch auf Sicherheitsleistung gemäß § 648 a BGB	992	425
9 Der „Antrag“ als Voraussetzung des Vergütungsanspruchs	993	426
10 Praxisempfehlungen – Verhalten bei konkludenter oder unklarer Anordnung, bei fehlender Preiseinigung		
10.1 Konkludente oder unklare Anordnungen	994	427
10.2 Ankündigungspflichten	995	427
10.3 Fehlende Vergütungseinigung	996	427
10.4 Exkurs: Unklares (oder strittiges) Bausoll	997	428
10.5 Praxisgerechtes Auftragnehmerverhalten	998	429
11 Die Praxis der öffentlichen Hand bei Nachtragsabwicklungen	999	430
12 Basis und Methodik der Neuberechnung der Vergütung für geänderte oder für zusätzliche Leistungen		
12.1 Basis = Angebotskalkulation bzw. Auftragskalkulation Berechnungsmethodik allgemein, dabei Ersatz <i>aller</i> Mehrkosten		
12.1.1 Methodik	1000	431
12.1.2 Speziell: Geänderte Leistungen	1001	433
12.1.3 Speziell: Zusätzliche Leistungen	1009	437
12.2 Insbesondere: Abweichung von der Anknüpfung an den alten Preis als Basis der Neuberechnung von Nachträgen?		
12.2.1 Grundsatz – keine Neuberechnung nach Marktpreisen oder Stundenlohn	1012	439
12.2.2 Vorkalkulation? Unterschied Vergütungsberechnung, Schadensersatzberechnung	1015	439

	Rdn.	Seite
12.2.3	Sonderfall: Berechnung der Vergütung geänderter oder zusätzlicher Nachunternehmerleistungen auf Basis der Angebotskalkulation?	
12.2.3.1	Grundsatz	1016 440
12.2.3.2	Die drei (theoretischen) Varianten	
12.2.3.2.1	Variante 1 mit Untervarianten	1017 441
12.2.3.2.2	Variante 2	1023 443
12.2.3.2.3	Variante 3	1024 444
12.2.3.3	Beispiele für die plausible Ermittlung von Nachunternehmerkosten	
11.2.3.3.1	Nachunternehmerpreise liegen vor bzw. sind in der Kalkulation angesetzt (Varianten 1 und 2, Rdn. 1017-1023)	1026 445
11.2.3.3.2	Nachunternehmerleistung ist als Eigenleistung kalkuliert (Variante 3)	1029 447
12.2.4	Ausnahmen von der Bindung an den alten Preis	
12.2.4.1	Vier Ausnahmetatbestände	1030 447
12.2.4.2	Ausnahme 1: Irrtum des Auftragnehmers	1031 447
12.2.4.3	Ausnahme 2: Änderung der Lohn- und Materialpreise	1034 449
12.2.4.4	Ausnahme 3: Unsorgfältige Planung	1039 452
12.2.4.5	Ausnahme 4: Ausmaß der Mehrleistungen sprengt jeden äquivalenten Rahmen	1041 454
12.2.5	Bindung an Nachlässe und Skonti?	1042 455
12.2.6	Bindung auch bei „untergeordneten Positionen“ oder bei „Sonderpreisen“?	1048 458
12.2.7	Ausnahme: Korrektur von Nachtragsvergütungen wegen Anknüpfung an „überhöhte“ Positionen der Angebotskalkulation (Spekulationspreise)?	
12.2.7.1	Herabsetzung von Nachtragsvergütungen nach Treu und Glauben wegen „überhöhter“ Positionen der Angebotskalkulation?	1049 459
12.2.7.2	Herabsetzung von Nachtragsvergütungen (für zusätzliche Leistungen) durch öffentlichen Auftraggeber infolge von Preisrecht?	1050 460
12.3	Die Feststellung des Vertragspreisniveaus als Vorbereitung der Berechnung des Preises der modifizierten Leistung	
12.3.1	Die Ermittlung der Direkten Kosten	
12.3.1.1	Grundsatz und Methode	1051 461
12.3.1.2	Deterministische Kostenfortschreibung innerhalb von in der Angebotskalkulation angesprochenen Ermittlungssystemen	1052 463
12.3.1.3	Erforderlichenfalls: Festlegung von Ermittlungssystemen	1054 463
12.3.1.4	Kostenermittlung unter Heranziehung der Angebotskalkulation als Ganzes – Fortschreibung von Kalkulationspositionen	1055 465
12.3.2	Angebotskalkulation ist hinterlegt oder wird vorgelegt	1057 466

	Rdn.	Seite
12.3.3	Ungegliederte Angebotskalkulation ist hinterlegt oder wird vorgelegt	
12.3.3.1	Grundsätzliches, Sonderproblem Mischposition	1058 466
12.3.3.2	Aufgliederung ist in der Arbeitskalkulation erfolgt.....	1062 468
12.3.3.3	Aufgliederung in EP-Anteile vorhanden (z. B. EFB-Preis 2)	1064 470
12.3.3.4	Aufgliederung lediglich durch Ausweis von Umlagebeträgen bzw. -prozentsätzen	1067 471
12.3.4	Angebotskalkulation und EP-Aufgliederung nicht vorhanden – Vertragsniveaufeststellung	1068 471
12.4	Die Berechnung der neuen Vergütung (Nachtragskalkulation)	
12.4.1	Prinzip 1: (Analoge) Fortschreibung der Angebotskalkulation	
12.4.1.1	Idealfall: Angebotskalkulation mit erkennbarem Ermittlungssystem	1074 743
12.4.1.2	Standardfall: Kostenfortschreibung auf der Basis eines Ermittlungssystems	1078 475
12.4.1.3	Schätzungen, insbesondere zur Vereinfachung der Berechnung bei zusätzlichen Leistungen	1081 476
12.4.2	Prinzip 2: Übernahme der Zuschläge aus der Angebotskalkulation	
12.4.2.1	Standardfall	1083 473
12.4.2.2	Zuschläge nicht aus der Angebotskalkulation ersichtlich.....	1084 478
12.4.2.3	Beaufschlagung zusätzlicher Baustellengemeinkosten?	1085 478
12.4.3	Prinzip 3: Berücksichtigung der Kosten entfallender Leistungselemente, auch der nicht abbaubaren Kosten	1086 479
12.4.4	Prinzip 4: Berücksichtigung der Auswirkungen der modifizierten Leistungen auf die Kosten anderer Leistungen... ..	1088 479
12.4.5	Prinzip 5: Berücksichtigung aller Auswirkungen modifizierter Leistungen auf Baumstände und Baustellengemeinkosten	
12.4.5.1	Personalleerkosten (Intensitätsabfall)	1089 480
12.4.5.2	Abhilfemaßnahmen und mögliche Folgen	1090 480
12.4.5.3	Sekundärverzögerung	1095 481
12.4.5.4	Keine Anwendung von § 6 Nr. 6 VOB/B auf Sekundärverzögerungen/Folgekosten.....	1097 482
12.4.5.5	Bauinhaltsbedingt modifizierter Sollablauf	1098 484
12.4.5.6	Geänderte Baustellengemeinkosten als Direkte Kosten der Bauinhaltsmodifikation.....	1099 485
12.4.6	Prinzipielle Gleichartigkeit der Nachtragsberechnung bei geänderten und bei zusätzlichen Leistungen	1103 486
12.4.7	Problemfall: Zusätzliche Leistungen ohne (weitergehenden) Kostenbezug zu beauftragten Vertragsleistungen	1105 487
12.4.8	Externe und/oder interne Kosten der Nachtragsvorbereitung und -erstellung zu ersetzen?	1108 488
12.5	Sonderfälle bei der Nachtragskalkulation	
12.5.1	Baumstandsänderungen infolge „sonstiger Anordnungen des Auftraggebers“, § 2 Nr. 5 VOB/B.....	1111 490

	Rdn.	Seite
12.5.2 Vergütung von Bauinhaltsmodifikationen bei Sondervorschlägen	1113	492
12.6 Begründungspflicht (Darlegungslast) des Auftragnehmers für die Vergütung der modifizierten Leistung: Angebotskalkulation vorhanden – nicht vorhanden – vorhanden, aber Vorlage verweigert	1114	492
12.7 Einbeziehung von Nachträgen in das Dokumentationssystem des Auftragnehmers		
12.7.1 Zwei Wege der Nachtragsabrechnung	1117	493
12.7.2 Nachträge und Arbeitskalkulation	1121	494
12.7.3 Deckungsanteile; Ausgleichsberechnung	1122	495
13 Verursachung		
13.1 Die Modifikation des Bauinhalts als Ursache von Mehrkosten	1123	495
13.2 Exkurs: Die Feststellung einer Bauinhaltsmodifikation und der Nachweis dem Grunde nach durch den Auftragnehmer in der Praxis	1126	497
14 Darlegungslast, Beweisführung, Beweislast		
14.1 Grundsätzliches	1127	500
14.2 Das Bautagebuch als Beweismittel	1128	501
14.3 Die konkrete Erstellung der Nachtragskalkulation	1129	501
14.4 Plausible Nachweise, Schätzungsmöglichkeiten	1130	502
14.5 Plausibler Nachweis für Bauinhaltsmodifikationen bei „geduldeten Sondervorschlägen“ (Nebenangebote)	1131	503
15 Fälligkeit, Abschlagszahlungen, Verjährung, Wirkung der Schlussrechnung	1132	503
16 Der Ausschluss des Anspruchs des Auftragnehmers aus § 2 Nr. 5 oder § 2 Nr. 6 VOB/B durch Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftraggebers	1133	504
17 Beispiele: Nachtragskalkulation für modifizierte Leistungen		
17.1 Vorbemerkung	1135	504
17.2 Einzelnachweis		
17.2.1 Nachweis dem Grunde nach	1136	504
17.2.2 Nachweis der Höhe nach	1136	504
17.2.2.1 Unmittelbare Auswirkungen	1138	506
17.2.2.2 Mittelbare Auswirkungen der modifizierten Leistung	1142	508
17.3 Terminfolgen	1144	508
17.4 Nachtragsstellung	1146	511
17.5 Schlussbemerkung	1148	511

Kapitel 11 Ansprüche auf zusätzliche Vergütung gemäß § 2 Nr. 9 VOB/B

1 Das Verlangen nach Zeichnungen, Berechnungen oder anderen Unterlagen	1149	513
2 Pflicht des Auftragnehmers zur Erstellung der Unterlagen?	1153	514

	Rdn.	Seite
3 Die Höhe der Vergütung	1158	516
4 Beweislast	1159	516
5 AGB-Klauseln	1160	517
Kapitel 12 Einverständlich geänderte oder zusätzliche Leistungen.	1161	518
Kapitel 13 Nicht angeordnete geänderte oder zusätzliche Leistungen		
1 Leistungen ohne Auftrag oder unter eigenmächtiger Abweichung vom Vertrag, § 2 Nr. 8 Abs. 1 VOB/B	1162	519
2 Das nachträgliche Anerkenntnis, § 2 Nr. 8 Abs. 2 Satz 1 VOB/B	1167	520
3 Die notwendige, dem mutmaßlichen Willen des Auftraggebers entsprechende Leistung, § 2 Nr. 8 Abs. 2 Satz 2 VOB/B		
3.1 Die notwendige Leistung	1171	521
3.2 Der mutmaßliche Wille des Auftraggebers	1173	523
3.3 Anzeigepflicht	1175	523
4 Die Geschäftsführung ohne Auftrag, § 2 Nr. 8 Abs. 3 VOB/B	1180	525
5 Die Höhe der Vergütung bei § 2 Nr. 8 Abs. 2 und Abs. 3 VOB/B, Sicherungsanspruch gemäß § 648 a BGB.	1181	526
6 Beweislast	1182	527
7 Fälligkeit, Abschlagszahlungen, Verjährung, Schlussrechnung	1183	528
8 Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung, falls § 2 Nr. 8 VOB/B keinen Vergütungsanspruch begründet?	1184	528
Kapitel 14 Sonderfall: Ansprüche auf zusätzliche Vergütung nach § 4 Nr. 1 Abs. 4 Satz 2 VOB/B		
1 Anordnung des Auftraggebers betreffend die „Modalitäten“ der Leistung	1187	530
2 Mehrkosten	1189	531
Kapitel 15 Vergütungsänderung bei verringerten oder entfallenen Leistungen		
1 Selbstübernahme (§ 2 Nr. 4 VOB/B), angeordneter Leistungsentfall (Kündigung oder Teilkündigung, § 8 VOB/B)	1190	532
2 Einverständlich entfallene oder verringerte Leistungen	1193	540

3 Entfallende Leistungen ohne Anordnung (= Kündigung) des Auftraggebers		
3.1 Standardfall: § 2 Nr. 3 Abs. 3 VOB/B	1194	540
3.2 „Erleichterungen“ – insbesondere beim Baugrundrisiko	1195	540

Kapitel 16 Bearbeitungsschema für Ansprüche aus modifizierten Leistungen – Checkliste –

1 Angeordnete geänderte oder zusätzliche Leistungen	1196	541
2 Nicht angeordnete geänderte oder zusätzliche Leistungen	1197	541
3 Angeordnete entfallene Leistungen (= Kündigung des Auftraggebers gemäß § 8 Nr. 1, § 2 Nr. 4 VOB/B)	1198	543
4 Nicht angeordnete entfallene Leistungen	1199	543

Teil 6 Behinderungen und Unterbrechung – Zeitfolgen, Schadensersatz, Entschädigung

Kapitel 17 Behinderung

1 Regelungsumfang des § 6 VOB/B – Definition der Behinderung		
1.1 Übersicht	1200	544
1.2 Allgemeine Definition der Behinderung im Sinne von § 6 VOB/B	1202	546
1.3 Nicht von § 6 VOB/B erfasste Sachverhalte: Endgültige Mitwirkungsverweigerung, Unvermögen, Unmöglichkeit	1210	549
2 Anzeige oder Offenkundigkeit der Behinderung als Voraussetzung		
2.1 Anzeigepflicht, Rechtsfolgen unterlassener Anzeige oder fehlender Offenkundigkeit	1215	551
2.2 Die Anzeige – Rechtzeitigkeit, Form, Adressat, Inhalt	1217	553
2.3 Offenkundigkeit		
2.3.1 Grundsätzliche Regelung	1221	554
2.3.2 Offenkundigkeit von Bauzeitverlängerungen wegen angeordneter <i>bauinhaltlich</i> geänderter oder zusätzlicher Leistungen?	1224	555
2.3.3 Offenkundigkeit von Bauzeitverlängerung wegen angeordneter geänderter <i>Baumstände</i> (Bauzeit?) – Verschiebung des Baubeginns	1228	559
2.3.4 Offenkundigkeit von Bauzeitverlängerungen infolge verspätet vorgelegter Pläne?	1230	559
2.3.5 Kenntnis des bauleitenden Architekten und/oder des Projektsteuerers	1234	560
2.3.6 Die Bedeutung der Bautagesberichte für Anzeige und Offenkundigkeit	1235	561
2.3.7 Praxisempfehlung	1241	565
2.3.8 Verbot der Berufung auf Offenkundigkeit in Allgemeinen Geschäftsbedingungen	1242	565

	Rdn.	Seite
3 Der Behinderungstatbestand gemäß § 6 Nr. 2 VOB/B – Folge: Fristverlängerung		
3.1 Vorbemerkung: Automatische Fristverlängerung	1243	566
3.2 Streik, Aussperrung – § 6 Nr. 2 Abs. 1 Lit b VOB/B.....	1244	566
3.3 Höhere Gewalt, unabwendbare Umstände, § 6 Nr. 2 Abs. 1 Lit c VOB/B.....	1245	567
3.4 Umstände aus dem Risikobereich des Auftraggebers, § 6 Nr. 2 Abs. 1 Lit a VOB/B	1249	568
3.5 Folge: Fristverlängerung – Berechnung		
3.5.1 Mitverursachung, eigene Leistungsbereitschaft des Auftragnehmers (zeitliche Relevanz)	1252	570
3.5.2 Beginnstermin für Fristverlängerung	1253	570
3.5.3 Auswirkungen der Behinderungen auf den zeitlichen (bisherigen) Soll-Ablauf (= Dauer des Behinderungszeitraums); § 6 Nr. 3 VOB/B	1254	570
3.5.4 Vermutung für die Richtigkeit des auftragnehmerseitigen Terminplans – unbehinderte Phasen oder Abschnitte als Kontrolle	1266	583
3.5.5 Zeitliche Zuschläge (Wiederaufnahme der Arbeit, ungünstige Witterung) – zeitliche „Abschläge“ – Nachricht über Behinderungsende.....	1267	584
3.5.6 Der behinderungsbedingt modifizierte Soll-Ablauf – abstrakte Fristverlängerungsberechnung?	1268	585
3.5.7 Gegenüberstellung von Ist-Ablauf und behinderungsmodifiziertem Soll-Ablauf.....	1269	585
3.6 Auswirkungen auf die Ausführungsfristen des Auftragnehmers – Verzug, Vertragsstrafe?.....	1270	586
4 Der Behinderungstatbestand gemäß § 6 Nr. 6 VOB/B – Folge: Schadensersatz		
4.1 Tatbestandsmerkmale des § 6 Nr. 6 VOB/B.....	1271	587
4.2 Unterscheidung zwischen Obliegenheit, Nebenpflicht und Hauptpflicht des Gläubigers von praktischer Bedeutung?	1278	590
4.3 Hauptpflichten des Auftraggebers		
4.3.1 Zahlung	1283	593
4.3.2 Abnahmen	1284	594
4.3.3 Eigene Mitwirkung des Auftraggebers als Erstellungshandlung		
4.3.3.1 „Bauseitige Leistungen“	1285	594
4.3.3.2 OLG Celle: „Behelfsbrücke“.....	1286	594
4.3.3.3 Vertraglich fest vereinbarte Planbestellfristen... ..	1287	595
4.4 Nebenpflichten des Auftraggebers (Mitwirkungspflichten)		
4.4.1 Die <i>allgemeine</i> bauvertragliche Mitwirkungspflicht	1288	596
4.4.2 Die Mitwirkungspflichten gemäß VOB/B	1289	596
4.4.2.1 Bereitstellungspflicht	1290	597
4.4.2.2 Abstecken der Hauptachsen.....	1292	597
4.4.2.3 Ausführungsunterlagen (Planungspflicht)	1293	597
4.4.2.4 Koordination.....	1296	599
4.4.2.5 Genehmigungen	1297	599
4.4.2.6 Zurverfügungstellung	1298	600
4.4.2.7 Sonstige Mitwirkungspflichten	1299	600

	Rdn.	Seite
4.4.3 Die Mitwirkungspflichten gemäß dem speziellen Vertrag	1300	600
4.5 Der Zeitpunkt der Mitwirkungspflicht (= Mitwirkung nicht rechtzeitig?)		
4.5.1 Mitwirkung mangelhaft erfüllt oder Mitwirkung nicht rechtzeitig erfüllt.	1302	600
4.5.2 Die Bedeutung der Zeitvorgabe.	1303	601
4.5.3 Vereinbarte Mitwirkungstermine des Auftraggebers (Planlieferfristen) – vereinbarte Planlieferfristen, Abruffristen .	1304	601
4.5.4 Mitwirkungstermine des Auftraggebers nicht geregelt	1305	602
4.5.4.1 Die Ermittlung des zeitlichen Ausgangspunkts für die Fristenfeststellung		
4.5.4.1.1 Vereinbarte Baufristen	1306	603
4.5.4.1.2 Fehlende Baufristen	1311	605
4.5.4.2 Die Vorlaufzeit (Planlieferfristen ohne vertragliche Vereinbarung).	1314	606
4.5.5 Fehlende Vereinbarung für Baubeginn	1319	608
4.6 Behinderung durch Unterlassung und/oder durch Handlung		
4.6.1 Behinderung durch Unterlassung	1321	608
4.6.2 Behinderung durch Handlung.	1322	609
5 Rechtswidrigkeit		
5.1 Rechtswidrigkeit als Voraussetzung für Schadensersatzansprüche (und „Entschädigungsanspruch“), nicht für Anspruch auf Bauzeitverlängerung	1323	609
5.2 Das „erlaubte Tun“ – § 6 Nr. 6 VOB/B und Behinderungen durch inhaltlich geänderte oder zusätzliche Leistungen oder durch zwingend notwendige Änderung der Baumstände		
5.2.1 Kein Schadensersatz aus § 6 Nr. 6 VOB/B bei angeordneten Bauinhaltsmodifikationen, § 2 Nr. 5, Nr. 6 VOB/B.	1324	610
5.2.2 Vergessene Folgekosten bei Vergütungsvereinbarung.	1331	614
5.3 Das „nicht erlaubte Tun“ – § 6 Nr. 6 VOB/B – und Behinderungen durch ausschließlich die Baumstände (Bauzeit) betreffende Anordnungen		
5.3.1 Normalfall	1332	614
5.3.2 Sonderfall: Die vertraglich erlaubte Bauzeitverschiebung	1336	616
5.4 „Konkurrenzen“	1338	617
6 Ablauf einer Kalenderfrist oder Mahnung hinsichtlich verspäteter Mitwirkung des Auftraggebers im Rahmen von § 6 Nr. 6 VOB/B erforderlich?		
6.1 Mitwirkung als Hauptpflicht (Schuldnerverzug des Auftraggebers)	1339	617
6.2 Verzögerte oder verspätete Mitwirkung als Nebenpflicht	1343	619
7 Verschulden des Auftraggebers (§6 Nr.6 VOB/B), Haftung ohne Verschulden (§ 642 BGB)		
7.1 Schuldform – Vorsatz, Fahrlässigkeit, § 276 BGB	1344	619
7.2 Beispiele: Verschulden zu bejahen?	1346	620
7.3 Mitverschulden, Mitverursachung (Kostenrelevanz und Zeitrelevanz).	1354	622

	Rdn.	Seite
7.4	Leistungsbereitschaft des Auftragnehmers erforderlich, Doppelsache (Kostenrelevanz und Zeitrelevanz)	1355 623
7.5	Beweislast für Verschulden.	1359 626
7.6	Die Haftung des Auftraggebers für seine Erfüllungsgehilfen – insbesondere Behinderung des Auftragnehmers durch verspätete oder mangelhafte Vorunternehmerleistungen	
7.6.1	Definition des Erfüllungsgehilfen	1360 627
7.6.2	Einsatz von Erfüllungsgehilfen bei Mitwirkung als <i>Hauptpflicht</i> des Auftraggebers	1361 627
7.6.3	Einsatz von Erfüllungsgehilfen bei Mitwirkung als <i>Nebenpflicht</i> (oder <i>Obliegenheit</i> ?) des Auftraggebers	
7.6.3.1	Nebenpflicht, Obliegenheit, reines Eigeninteresse des Auftraggebers?	1362 628
7.6.3.2	Planungspflicht des Auftraggebers und Erfüllungsgehilfen	1363 629
7.6.3.3	Koordinierungspflicht des Auftraggebers und Erfüllungsgehilfen.	1364 629
7.6.3.4	Pflicht des Auftraggebers zur Objektüberwachung (Bauaufsicht) und Erfüllungsgehilfen? . . .	1365 630
7.6.3.5	Bereitstellungspflicht des Auftraggebers und Erfüllungsgehilfen	
	– BGH „Vorunternehmer I“ BauR 1985, 561, BGH „Vorunternehmer II“ NZBau 2000, 187 –	
7.6.3.5.1	Problemstellung.	1366 631
7.6.3.5.2	Sachverhalt und Gründe der Entscheidung BGH „Vorunternehmer“ BauR 1985, 561	1367 632
7.6.3.5.3	Kritik an der Entscheidung „Vorunternehmer I“	1368 633
7.6.3.5.4	Lösungsversuche Schadensliquidation im Drittinteresse, § 642 BGB, Korbion, „Anordnung“ gemäß § 2 Nr. 5 VOB/B?	1383 641
7.6.3.5.5	Mögliche Parallellösung: Analogie zu § 645 BGB, „Auslagenersatz“	1388 643
7.6.3.5.6	BGH „Vorunternehmer II“ NZBau 2000, 187 = BauR 2000, 722 – Anwendbarkeit von § 642 BGB	1393 646
7.6.3.5.7	Vorschlag für eine Änderung der VOB/B.	1397 649
8	Haftung des Auftraggebers ohne Verschulden außerhalb von § 642 BGB	1398 650
9	§ 6 Nr. 6 VOB/B als Spezialnorm für Schadensersatzansprüche des Auftragnehmers aus Behinderung – Konkurrenzen	
9.1	§ 6 Nr. 6 VOB/B als Spezialnorm für Behinderungs-Schadensersatz	1399 651
9.2	Ausschluss des § 642 BGB?	1400 652
9.3	„Vergütungs“-Ansprüche bei Behinderung?	
9.3.1	§ 2 Nr. 5 VOB/B	1401 653
9.3.2	§ 2 Nr. 8 VOB/B	1402 653

	Rdn.	Seite
9.3.3 Vergütungsansprüche aus „ergänzender Vertragsauslegung“?	1404	654
9.4 Vermischung von Vergütungsansprüchen und Schadensersatzansprüchen in der Praxis – Formulierungsvorschlag für § 6 Nr. 6 VOB/B	1411	657
10 Ursache – Begriffsbestimmung, Erfassung		
10.1 Rechtliche Definition der Ursache	1414	658
10.2 Baubetriebliche Probleme bei der Verursachungserfassung	1418	661
11 Behinderungsfolge: Schaden und Schadensersatz		
11.1 Schadensdefinition (Differenztheorie) und Schadensumfang (Lohnerhöhungen, Materialpreiserhöhungen)	1419	662
11.2 Typische Auswirkungen infolge von Behinderung		
11.2.1 Typische Folge: Verlangsamter Bauablauf		
11.2.1.1 Allgemeine Folgen (z. B. Intensitätsabfälle)	1421	663
11.2.1.2 Auswirkung auf Direkte Kosten der Teilleistungen (Einzelkosten der Teilleistungen)	1422	663
11.2.1.3 Auswirkung auf Baustellengemeinkosten	1423	665
11.2.1.4 Auswirkung auf die Deckung der Allgemeinen Geschäftskosten	1426	665
11.2.1.5 Auswirkung auf Wagnis	1436	673
11.2.1.6 Auswirkung auf Gewinn	1437	674
11.2.2 Typische Folge: Baustillstand		
11.2.2.1 Allgemeine Folgen	1438	674
11.2.2.2 Auswirkung auf Direkte Kosten der Teilleistungen (Einzelkosten der Teilleistungen)	1439	674
11.2.2.3 Auswirkungen auf Baustellengemeinkosten sowie auf Allgemeine Geschäftskosten	1444	675
11.2.2.4 Auswirkung auf Wagnis sowie Gewinn	1445	675
11.2.3 Typische Folge: Bauzeitverlängerung		
11.2.3.1 Allgemeine Folgen	1446	676
11.2.3.2 Auswirkung auf Direkte Kosten der Teilleistungen (Einzelkosten der Teilleistungen)	1447	676
11.2.3.3 Auswirkung auf Baustellengemeinkosten	1448	677
11.2.3.4 Auswirkung auf Allgemeine Geschäftskosten ..	1449	677
11.2.3.5 Auswirkung auf Wagnis, Gewinn	1450	677
11.2.4 Spezielle Folgen: (Externe Kosten, interne Kosten eines „Behinderungsnachtrags“)		
11.2.4.1 „Externe Sonderkosten“ (u. a. Sachverständigenkosten)	1451	677
11.2.4.2 „Interne Sonderkosten“	1452	678
11.2.4.3 Vergütungsausgleich bei Akkord (Leistungslohn)	1454	679
11.3 Maßnahmen zur Schadensminderung		
11.3.1 § 6 Nr. 3 VOB/B = Anpassungspflicht; keine Pflicht zur Beschleunigung	1455	680
11.3.2 Beschleunigungsmaßnahmen – Recht des Auftragnehmers?	1462	683
11.3.3 Korrektur fehlerhafter Pläne durch den Auftragnehmer? ..	1475	687
11.4. Nachträglicher Schadenswegfall?		
11.4.1 Einmal entstandener Schaden bleibt Schaden	1476	688

	Rdn.	Seite
11.4.2 Auftraggeberseitige Mitwirkungspflicht und „vereinbarte“ Schlechtwettertage	1479	689
11.4.3 Begrenzte Teilverzögerung (Aufholung von Stillstandskosten?)	1482	690
11.4.4 Der „schnelle“ Auftragnehmer – Ablaufplanung des Auftragnehmers „schneller“ als Terminplanung des Auftraggebers (versteckte Zeitreserve).....	1483	691
11.5 Anrechnung von Einsparungen?	1490	692
11.6 Der Ausschluss des entgangenen Gewinns		
11.6.1 Vereinbarkeit der Regelung des § 6 Nr. 6 VOB/B mit AGB-Recht?	1491	693
11.6.2 Kalkulatorische Zinsen als entgangener Gewinn?.....	1493	695
11.6.3 Grobe Fahrlässigkeit.....	1496	695
11.7 Mehrwertsteuer.....	1497	696
12 Abstrakte Schadensberechnung, konkrete Schadensberechnung		
12.1 Unterschiedliche Ausgangsbasis für Mehrvergütungsansprüche bei Nachträgen gemäß § 2 VOB/B und für Behinderungsschadensersatzansprüche gemäß § 6 Nr. 6 VOB/B.....	1498	696
12.2 Vereinbarte Schadensberechnung durch „Einheitspreisliste“?.....	1500	697
12.3 Abstrakte Schadensberechnung zulässig?		
12.3.1 Äquivalenzkosten-Methode.....	1501	698
12.3.2 Die ablehnende Rechtsprechung des BGH	1509	701
12.4 Sonderfall: „Abstrakte“ Schadensberechnung bei Gebrauchsgütern (Gerätstillstand, verlängerte Gerätevorhaltung) zulässig		
12.4.1 Unterschiedliche Ansatzpunkte.....	1515	703
12.4.2 Die Abhängigkeit des Schadens von Geräteart und -einsatz (Leistungsgerät, Bereitstellungsgerät).....	1525	707
12.4.3 Weitere Einflüsse auf die Schadensberechnung	1533	709
12.4.4 Vorschlag für die Praxis der Schadensberechnung		
12.4.4.1 Ausgangsbasis	1537	709
12.4.4.2 Alternative 1: Gerätekosten aus Kalkulation entnehmbar	1537	710
12.4.4.3 Alternative 2: Gerätekosten aus Kalkulation nicht entnehmbar	1547	713
12.4.4.4 Anwendung auf Fallbeispiele.....	1550	714
12.4.4.5 Praxisempfehlung	1551	715
12.5 Konkrete Schadensberechnung		
12.5.1 Grundsatz	1552	715
12.5.2 Basis: Hypothetischer Aufwand des Auftragnehmers ohne Behinderung.....	1553	
12.5.3 Weg 1: Ermittlung des hypothetischen Aufwandes ohne Behinderung durch „Fortschreibung“ des Aufwandes aus unbehinderter Arbeitsdurchführung		
12.5.3.1 Methodischer Ansatz über unbehinderte gleiche oder entsprechende (Teil-)Bauinhalte		
12.5.3.1.1 Vergleich gleicher oder entsprechender Bauinhalte	1554	716
12.5.3.1.2 Ermittlung des relevanten, in der unbehinderten gleichartigen Phase entstandenen Lohnaufwands.....	1558	718

	Rdn.	Seite
12.5.3.1.3 Aufwand für Geräte	1564	722
12.5.3.1.4 Sonstige Aufwendungen	1565	722
12.5.3.2 Methodischer Ansatz über ungleiche Abschnitte, aber gleichartige Arbeitsvorgänge	1566	722
12.5.3.3 Methodischer Ansatz über unterschiedliche, aber artverwandte Arbeitsvorgänge	1568	723
12.5.3.4 Methodischer Ansatz, wenn es bislang keine un- behinderten Abschnitte oder Phasen gegeben hat	1570	724
12.5.3.5 Plausibel größere Ist-Aufwandswerte gegenüber Soll-Aufwandswerten infolge von Arbeitsausfüh- rung durch Aushilfskräfte (Ausweicarbeiten)	1572	725
12.5.4 Weg 2: Ermittlung des hypothetischen Aufwandes ohne Behinderung durch Rückgriff auf die Arbeitskalkulation		
12.5.4.1 Ausgangsbasis: Rentabilitätsvermutung (Richtig- keitsvermutung) der Arbeitskalkulation	1573	725
12.5.4.2 Widerlegung durch Auftraggeber: Arbeitskalku- lation zu niedrig?	1577	727
12.5.4.3 Widerlegung durch Auftragnehmer: Arbeitskalku- lation zu hoch – Anfechtung erforderlich? . . .	1584	729
12.5.5 Konkrete Schadensermittlung – Feststellung des Ist-Auf- wands bei Behinderungen		
12.5.5.1 Methodik	1586	730
12.5.5.2 Dokumentationsmöglichkeiten des Ist-Aufwands im behinderten Abschnitt	1587	730
12.5.5.3 Erfassung des Ist-Aufwands im Einzelnen	1589	731
12.5.5.4 Sonderfall: Behinderungsbedingt treten zusätzli- che Arbeitsvorgänge auf	1592	731
12.5.6 Schaden: Differenz von realistischem Soll-Aufwand und (behinderungsbedingtem) Ist-Aufwand; Möglichkeiten des Ursachen- und Schadensnachweises; Mittel der Doku- mentation		
12.5.6.1 Gegenüberstellung von Soll- und Ist-Aufwand – Grundsatz	1593	732
12.5.6.2 Stunden-Soll-Ist-Vergleich bzw. Aufwandswerte- Soll-Ist-Vergleich	1599	734
12.5.6.3 Kosten-Soll-Ist-Vergleich	1600	735
12.5.6.4 Zusammenwirken von Plausibilitätsdarlegungen	1601	735
12.5.6.5 Beispiel einer Berechnung	1609	740
12.6 Darlegungen zur haftungsbegründenden und zur haftungsausfüll- enden Kausalität; zulässige Schätzungen zum Schadenseintritt und zur Schadenshöhe		
12.6.1 Die unterschiedlichen Darlegungs- und Beweisanforde- rungen für die haftungsbegründende und die haftungsausfüllende Kausalität		
12.6.1.1 Haftungsbegründende Kausalität	1612	742
12.6.1.2 Haftungsausfüllende Kausalität	1614	743
12.6.2 Die Schätzungsgrundlagen bei haftungsausfüllender Kau- salität: Beweis greifbarer Anhaltspunkte	1616	744
12.6.3 Die Bedeutung der Dokumentation	1618	745
12.6.4 Schätzung unter Einbeziehung von Vermutungen	1619	745

	Rdn.	Seite
12.6.5 Nicht ausreichende Schätzungsgrundlagen	1620	746
12.6.6 Die Bedeutung eines Privatgutachtens	1621	746
12.6.7 Prüf- und Hinweispflichten des Gerichts	1622	747
12.6.8 Zusammenfassung	1623	747
12.6.9 Verweigerter Vorlage einer vorhandenen Kalkulation	1627	747
12.6.10 Checkliste	1628	748
12.6.11 Spezielle Schätzungskriterien		
12.6.11.1 Erfahrungswerte über Minderleistung bei Arbeitsdurchführung im Winter	1629	748
12.6.11.2 Erfahrungswerte über die Mehrkosten bei Ein- arbeitung	1631	748
12.6.11.3 Erfahrungswerte über Intensitätsabfälle bei ge- störtem Arbeitsfluss	1632	749
12.6.11.4 Erfahrungswerte über Minderleistung bei Über- stundenarbeit	1634	751
12.7 Einverständlich: Schadensberechnung durch Vorkalkulation ...	1637	753
13 Unsere Empfehlung: Vertraglicher Zwang zur monatlichen Ermittlung (und Abrechnung) der behinderungsbedingten Termin- und Schadensauswirkungen	1639	754
14 Darlegungslast und Beweislast – Rechtlich notwendiger Vortrag, Checkliste –	1642	757
15 Abschlagszahlungen, Fälligkeit, Verjährung der Ansprüche aus § 6 Nr. 6 VOB/B	1644	759
16 Der Ausschluss der Ansprüche des Auftragnehmers auf Schadensersatz gemäß § 6 Nr. 6 VOB/B durch Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftraggebers	1645	759
Kapitel 18 § 642 BGB		
1 Grundsatzregelung	1648	761
2 Einzelheiten	1650	763
3 Abschlagszahlungen, Fälligkeit, Verjährung, Beweislast, AGB.	1652	765
Kapitel 19 Rechte der Vertragsparteien bei Unterbrechung		
1 Grundsatz	1653	766
2 Abrechnung gemäß § 6 Nr. 5 VOB/B	1654	766
3 Das Kündigungsrecht nach § 6 Nr. 7 VOB/B	1655	767
4 Ausnahmen	1658	768

Kapitel 20 Exkurs: Terminpläne – Balkenpläne – Netzpläne

1 Die Darstellbarkeit von Bauproduktionsprozessen	1661	770
2 Die Auswahl geeigneter Solldaten	1662	770
3 Netzpläne und Behinderungsauswirkungen	1664	772

Kapitel 21 Beispiele

1 Sachverhalt der Behinderung	1673	781
2 Dokumentation der Behinderung		
2.1 Soll-Ist-Erfassung der auftraggeberseitigen Mitwirkungen	1674	781
2.2 Dokumentation der Behinderungsauswirkungen	1675	783
3 Einwendungen des Auftraggebers	1677	784
4 Dokumentation	1680	784
5 Nachweis der Behinderungsfolgen		
5.1 Check möglicher Behinderungsfolgen	1682	785
5.2 Einsparungen	1687	786
5.3 Verursachungsnachweis	1690	788
6 Regelung der Behinderungsfolgen		
6.1 Fristverlängerung	1696	790
6.2 Schadensersatz		
6.2.1 Grundsätzliches	1697	791
6.2.2 Nachweis auf der Basis von Ist-Kosten	1699	792
6.2.3 Schätzungen	1700	793
6.2.4 Schadensbewertung auf der Basis der Kostenbestandteile von Vertragspreisen	1702	793
6.2.5 Schadensbewertung auf der Basis von Vertragspreisen ...	1703	794
6.2.6 Auftraggeberseitige Einwendungen		
6.3 Entschädigung nach § 642 BGB		
6.3.1 Grundsätzliches	1705	794
6.3.2 Die Entschädigungsermittlung im Einzelnen		
6.3.2.1 Fortschreibung der Kalkulation	1706	795
6.3.2.2 Entschädigung auf der Basis von Vertragspreisen	1710	795
6.3.2.3 Entschädigungsermittlung auf der Basis von Ist- Kosten	1711	796
7 Exkurs: Abrechnung gemäß § 6 Nr. 5 VOB/B		
7.1 Sachverhalt	1712	796
7.2 Leistungsstandfeststellung	1713	796
7.3 Ermittlung der Vergütung der abrechenbaren Leistung	1714	796
7.4 Ermittlung der schon angefallenen Kosten von noch nicht ausge- führten Teilleistungen	1715	799
7.5 Zusammenstellung der Abrechnung nach § 6 Nr. 5 VOB/B	1716	800

	Rdn.	Seite
Projekt-Anhang		801
Übersicht über die Änderungen der Randnummern		927
Stichwortverzeichnis		929